

Das Schwarzpeter-Spiel im Fall Wavecom

von Dennis Bühler und Stefan Schmid, Bundeshaus

Neue Entwicklung im Fall Wavecom: Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) hält die Spionagefirma in Bülach offenbar doch nicht für unproblematisch. Dies sagte NDB-Chef Markus Seiler gestern am Rande einer Informationsveranstaltung in Bern. «Wir haben nicht mit einem Wort gesagt, die Firma Wavecom sei unproblematisch», sagte ein sichtlich genervter Seiler. Der Geheimdienst-Chef verweist auf einen Bericht an die Bundesanwaltschaft. Darin habe der NDB der Firma keinen Persilschein ausgestellt und darauf hingewiesen, man solle die Sache anschauen.

Wavecom betreibt eine professionelle Abhöranlage. Damit können private Telefone, Fax und E-Mail abgefangen und ausgewertet werden. 2013 hat eine Privatperson gegen die Firma Anzeige erstattet – Verdacht auf unerlaubten Nachrichtendienst. Die Bundesanwaltschaft kam aber 2014, gestützt auf Abklärungen des NDB zum Schluss, die Sache sei harmlos und unproblematisch.

Wer schummelt?

Der Fall wird mit den gestrigen Äusserungen von NDB-Chef Seiler undurchsichtiger. Die bisherigen Erkenntnisse legten den Schluss nahe, dass der NDB ein Interesse an der Firma habe. Er empfahl deshalb der Bundesanwaltschaft, die Sache ruhen zu lassen. Diese Version bestreitet der NDB nun vehement. Der Geheimdienst fühlt sich ungerechtfertigterweise an den Pranger gestellt. Details könnten allerdings nicht publik gemacht werden, weil es sich um einen vertraulichen Bericht zuhanden der Bundesanwaltschaft handle. Ein Vertreter des Verteidigungsdepartements formulierte es so: «Wir dürfen die Wahrheit nicht sagen. Wir würden uns strafbar machen.»

Der NDB schiebt damit den Schwarzen Peter auf die Bundesanwaltschaft. Diese habe entschieden, der Sache nicht weiter nachzugehen und das Verfahren einzustellen. Auch Bundesrat

Auf Fragen zur Spionagefirma Wavecom reagieren Verteidigungsminister Ueli Maurer und Geheimdienst-Chef Markus Seiler ungehalten. Unproblematisch aber sei die Firma nicht.



Will wenig wissen und wenig sagen: Bundesrat Ueli Maurer gab sich gestern zum Fall Wavecom wortkarg. Bild Peter Schneider/Keystone

Ueli Maurer haut in diese Kerbe: «Sie zielen auf die Falschen. Fragen Sie doch die Bundesanwaltschaft, diese ist für die juristische Überprüfung zuständig.» Der Nachrichtendienst sei keine Strafverfolgungsbehörde. Interessant an dieser Argumentation ist freilich, dass sich die Bundesanwaltschaft bei ihrem Entscheid, Wavecom machen zu lassen, massgeblich auf Erkenntnisse des NDB abstützte, wie Recherchen zeigten. Auf Anfrage hielt die Bundesanwaltschaft gestern lediglich fest: «Die der Bundesanwaltschaft vorliegenden Informationen reichten nach rechtlicher Würdigung nicht aus, um ein Strafverfahren zu führen.»

Dass man die Sache auch anders beurteilen kann, zeigen Schreiben des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom), die dieser Zeitung vorliegen. Nur schon das Erstellen von Konstruktionsplänen für eine Abhöranlage sei illegal, das Anzapfen von Satellitenverkehr strafbar, das Fernmeldegeheimnis der Bürger sei zu wahren, hielt das Bakom gegenüber einer Privatperson fest, die eine Abhöranlage à la Wavecom aufbauen wollte.

Blanke Nerven

Die Nerven liegen offenbar blank: «Ich verleihe Ihnen einen rostigen Kugelschreiber. An der Geschichte ist vieles falsch», sagte Maurer an die Adresse der Journalisten. Was konkret falsch sein soll, wollte er dann aber nicht sagen. Am liebsten schweigen würde auch Isabelle Graber, die Kommunikationsverantwortliche des NDB. Als die «Südostschweiz» NDB-Chef Markus Seiler zu Wavecom befragen wollte, griff sie resolut ein. «Zu Wavecom geben wir keine Auskunft», sagte sie. «Danke und einen schönen Tag.»

NDB-Chef Markus Seiler nahm sich dann doch die Mühe, wenigstens ein paar Fragen zu beantworten. Doch auch er reagierte ungehalten: «Sie können sich bei mir entschuldigen für Ihre Artikel. So einen 'Chabis' können Sie selber weiterdrehen.» Damit bleibt vorerst nur eine gesicherte Erkenntnis: Angesichts einer Geschichte, bei der angeblich vieles nicht stimmt, scheint die Aufregung doch ziemlich gross zu sein.

Russland: Kunde und Gefahr für die Schweiz

Nicht zum ersten Mal warnt der Nachrichtendienst vor einer Bedrohung durch das nach mehr aussenpolitischer Bedeutung lechzende Russland. Dennoch hat die Schweiz noch Ende 2014 Hightech-Tarnmaterial nach Moskau geliefert. Kein Problem, findet Bundesrat Maurer.

von Dennis Bühler

Bei Konfliktparteien ist die Schweiz bekannt für ihre Guten Dienste: Wenn irgendwo auf der Welt ein Krieg ausbricht, setzt das Land seine Diplomatie in Bewegung, um zu vermitteln. Zuletzt bemühte sich Aussenminister Didier Burkhalter ein ganzes Jahr lang an vorderster Front als Vorsitzender der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), eine Verständigung zwischen Russland und der Ukraine herbeizuführen.

Gleichzeitig billigte der Bund einen Rekord-Rüstungsdeal mit dem kriegführenden Russland, wie die «Sonntags-Zeitung» im März publik machte. Eine interdepartementale Kontrollgruppe unter Führung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) hatte noch im Oktober und Dezember letzten Jahres grünes Licht für die Ausfuhr hochmodernen Tarnmaterials im Wert von mehr als 90 Millionen Franken gegeben – zu einem Zeitpunkt, als Russland die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim längst annektiert hatte.

Keine Rolle spielte beim Entscheid, den Deal abzumicken, offensichtlich die veränderte Bedrohungslage durch ein erstarktes Russland – obwohl der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) schon anlässlich seiner Lagebeurteilung 2013 auf diese Entwicklung hingewiesen hatte. Moskau investiere «wieder vermehrt



FRAGE DES TAGES
Soll die Schweiz weiterhin Rüstungsmaterial an Russland verkaufen?
Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab:
suedostschweiz.ch

in die Erneuerung seiner Streitkräfte», hiess es damals. «Als absolutes Novum für Russland wurde der Import von westlichen Rüstungsgütern eingeleitet.»

Ganz ähnlich tönte es gestern bei der Präsentation des diesjährigen Lageberichts. «Russland hat seine Truppen stark aufgerüstet und tut dies weiterhin», sagte Verteidigungsminister Ueli Maurer. «Bereits dürfte es der Nato in Teilbereichen überlegen sein.» Auch

wenn er in Europa in naher Zukunft keinen konventionellen Krieg mit Feuer- und Panzerschlachten erwarte, sei die Gefahr einer überregionalen Eskalation markant gestiegen, so Maurer. Eine allzu starke militärische Abrüstung westlicher Staaten habe zu einem Machtvakuum geführt, das Russland nun zu füllen gewillt sei. «Dies macht die Unberechenbarkeit Russlands aus.»

Wer wusste überhaupt Bescheid?

Auf das noch vor wenigen Monaten mit Moskau abgewickelte Rüstungsgeschäft angesprochen, wollte Maurer nicht von einem problematischen Fall sprechen. Unklar blieb dabei, inwieweit der Verteidigungsminister im Vorfeld überhaupt in die Angelegenheit involviert worden war. Aussenminister Didier Burkhalter hatte sich im März gegenüber der «Südostschweiz» erbst gezeigt und mitgeteilt, nichts vom Geschäft gewusst zu haben. Zwar habe das Seco korrekt gehandelt, wenn man das Geschäft buchstabengetreu betrachte. «Doch es ist wichtig, dass die administrativen Dienste die politische

Dimension solcher Geschäfte erkennen.» Er werde dafür sorgen, dass Geschäfte solcher Tragweite in Zukunft im Bundesrat besprochen würden.

Auf Anfrage hielt Seco-Sprecher Fabian Maienfisch gestern Abend erneut fest: «Alle relevanten Bundesstellen – sowohl des Aussendepartemen-

tes EDA wie des Verteidigungsdepartementes VBS – wurden vor dem Entscheid durch das Seco über das Geschäft informiert.»

Dass die Entscheidungsträger aber auch den Lagebericht des NDB in ihre Beratungen miteinbezogen hatten, scheint zumindest fraglich.



Besorgt: Ueli Maurer und Markus Seiler warnen vor Moskaus Expansionslust. Bild Keystone